

AKTIVE INDUSTRIEPOLITIK FÜR EINE NACHHALTIGE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM INTERESSE DER ARBEITNEHMER:INNEN

Die nationale und europäische Wirtschaftspolitik muss auf den globalen **Wettlauf um Schlüsseltechnologien und Zukunftsmärkte** reagieren, die **Widerstandskraft Europas stärken** und **strategische Abhängigkeiten reduzieren**, um Wohlstand und Beschäftigung in einer digitalen und klimaneutralen Zukunft abzusichern. Die Stärkung europäischer Produktionskapazitäten und Standorte in der EU ist zudem angesichts der globalen Unsicherheiten entscheidend für die Resilienz der europäischen Wirtschaft und verringert die Auswirkungen einer Störung globaler Lieferketten.

Der EU-Wettbewerbsfähigkeitskompass hält fest, dass die Steigerung der Produktivität Europas zu einem wesentlichen Teil auf der **Innovationskraft und -fähigkeit der Unternehmen und ihrer Beschäftigten beruht**. Das erfordert eine hochwertige physische und digitale Infrastruktur, umfassende Qualifizierungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer:innen und soziale Sicherheit durch einen ausgebauten und abgesicherten Wohlfahrtsstaat.

Wir teilen die Auffassung des Produktivitätsrates¹, die **nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit** als die Gesamtheit der Institutionen, politischen Maßnahmen und Faktoren definiert, die sicherstellen, dass eine **Volkswirtschaft langfristig produktiv** bleibt und **gleichzeitig soziale und ökologische Nachhaltigkeit gewährleistet**.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ERFORDERT EUROPÄISCHE KOOPERATION

Die Entwicklung **gemeinsamer europäischer Wertschöpfungsketten** stärkt die regionale Wirtschaft und hilft, Produktionskapazitäten und Beschäftigung in Europa zu sichern und auszubauen. Unter der **Einbindung der Sozialpartner** ermöglicht diese Kooperation europäischen Unternehmen, auch global wettbewerbsfähig zu bleiben. Im Rahmen der „Union of Skills“ ist **eine europaweit abgestimmte Fachkräftestrategie** erforderlich, die den Wettbewerb um Fachkräfte mindert und so Ungleichgewichte vermeidet.

Der Großteil der europäischen Produktion wird weiterhin innerhalb Europas abgesetzt. Eine starke **Inlandsnachfrage**, gestützt durch **faire Löhne**, sowie **ausreichende öffentliche Investitionen** mit dem Grundsatz "Made in Europe" und "buy regional" sichern die wirtschaftliche Entwicklung und fördern die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der EU.

INDUSTRIEPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN IN ÖSTERREICH

Österreich war bis vor Kurzem mit einer anhaltenden Rezession konfrontiert, die zum Teil auf die internationale Investitionsschwäche und damit verbundener Exporteinbrüche für die heimischen Industrie zurückzuführen ist. Hinzu kommen hohe Energiepreise sowie fehlende Nachfrage. Ein Schwachpunkt ist auch die europäische Abhängigkeit von Rohstoffen und Lieferketten von Vorprodukten. Eine **Stärkung der europäischen Kreislaufwirtschaft** und damit Wertschöpfung ist damit unabdingbar.

Auf nationaler Ebene wurde auf die Teuerungskrise seit 2022 mit unzureichenden Maßnahmen reagiert und dadurch Kaufkraftverluste, Verunsicherung und Konsumzurückhaltung in Kauf genommen. Zudem fehlten Maßnahmen, um der steigenden Arbeitslosigkeit zu begegnen. Dementsprechend ist die kurz vor Fertigstellung befindliche Industriestrategie der österreichischen Bundesregierung zu begrüßen. Diese gilt es, im Jahr 2026 rasch umzusetzen und damit die digitale, soziale und ökologische Transformation der Wirtschaft voranzutreiben.

MAßNAHMEN FÜR EINE AKTIVE UND STRATEGISCHE INDUSTRIEPOLITIK IN DER EU UND ÖSTERREICH

Es bedarf einer **aktiven und strategischen österreichischen Industriepolitik, die mit europäischen Zielen abgestimmt ist, aber auch darüber hinausgeht**. Dazu gehören auch klare Entwicklungsperspektiven für die österreichische Industrie mit dem Ziel, sich in neu entstehende europäische Wertschöpfungsketten und in einer europäischen Kreislaufwirtschaft zu positionieren. Die in Fertigstellung befindliche österreichische Industriestrategie muss Orientierungshilfe und Voraussetzung für die Gestaltung eines gerechten Übergangs ("Just Transition") der Industrie in eine grüne und digitale Zukunft sein. Dazu gehört:

- **Innovationskraft und -fähigkeit stärken:** Die große Stärke der europäischen Wirtschaft liegt in den Köpfen der Menschen. Die Fähigkeiten und Kompetenzen der Beschäftigten sind das Rückgrat für zukünftige Innovation, Wertschöpfung und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit. Wesentlicher Pfeiler der Industriestrategie muss die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten sein, um die doppelte Transformation (Ökologisierung und Digitalisierung) zu bewältigen. Dies umfasst eine **Fachkräftestrategie**, um sowohl mit der Transformation als auch dem demographischen Wandel und die damit verknüpften Veränderungen der Erwerbsbevölkerung umgehen zu können.
- **Qualifizierungsoffensive durch Investitionen in die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften:** Schließlich sind die Fähigkeiten und Kompetenzen der Beschäftigten die Basis für Innovation, Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit.
- Ein **nachhaltiges, sicheres und leistbares Energiesystem:** Das EIWG setzt den Rahmen für eine zukunftsfähige Elektrizitätswirtschaft. Diesen Rahmen gilt es nun auszufüllen, insbesondere in Hinblick auf leistbare Stromversorgung. Denn erneuerbare Energie ist eine der Schlüsselfaktoren für eine klimaneutrale Wirtschaft. Dazu müssen die Energiewende vorangetrieben und die Kostenvorteile erneuerbarer Energien bei den Verbraucher:innen ankommen.
- **Planungssicherheit erhöhen:** Industriepolitische Instrumente wie Regulierung und Förderungen unterstützen das Erreichen festgelegter **Entwicklungsziele**. Das erhöht die **Planungssicherheit** in unsicheren Zeiten. Notwendige Investitionen für die Umstellung von Geschäftsmodellen und Produktionsprozessen und damit verknüpfte Qualifizierungsbedarfe werden für die Akteure dadurch erwart- und planbarer.
- **Auf strategische Wirtschaftsbereiche fokussieren:** International zeigt sich derzeit eine große industriepolitische Dynamik. Geopolitische Konflikte werfen Fragen zur Versorgungssicherheit und ungewollten Abhängigkeiten auf. Eine tragfähige Industriepolitik unterstützt Unternehmen und Beschäftigte gezielt und fokussiert auf strategische Wirtschaftsbereiche wie Kreislaufwirtschaft, Green Tech, Biotechnologien sowie Digi-Tech.
- **Auf- und Ausbau moderner Infrastruktur** (Digitales, Verkehr, Energie, Wohnbau): Diese stellt die Grundlage für die Transformation und Sicherung nachhaltiger langfristiger Wettbewerbsfähigkeit dar. Dafür braucht es bessere Möglichkeiten für **öffentlichen Vermögensaufbau im Sinne der goldenen Investitionsregel** sowie günstige und langfristige Kredite und Garantien der öffentlichen Hand.
- **Verstärkte Bemühungen zur Einbindung in europäische Initiativen im Infrastruktur- und Technologieaufbau und Zugang zu EU-Mittel**, sowie die Eingliederung in neu entstehende

europäische Wertschöpfungsketten, wie Kreislaufwirtschaftstechnologien, Wasserstoffnetzwerke uvm.

- **Beschleunigung von Genehmigungsverfahren:** Neben der Digitalisierung und Vereinfachung von Verfahren (One-Stop-Shop) braucht es ausreichend Sachverständige für die Abwicklung der Anträge und Konkretisierung der Materiengesetze, um schnellere Genehmigungsverfahren zu erreichen.
- **Steigerung zielgerichteter Forschungsbemühungen in Zukunftstechnologien** „Made in Austria“ durch eine verbesserte Koordinierung zwischen den Förderagenturen und entlang der gesamten Innovationskette und verstärkte Nutzung der finanziellen Spielräume im europäischen Rahmen, zB Important Projects of Common European Interest (IPCEIs), Net-Zero-Industry-Technologien etc.
- **Nutzung der Potenziale der öffentlichen Beschaffung zur Schaffung von grünen Leitmärkten:** Entlang der Zielsetzungen des Net-Zero-Industry Acts kann Österreich einen wichtigen Beitrag für strategisch wichtige Technologien leisten und regionale Wertschöpfung generieren. Soziale und ökologische Kriterien müssen bei den Fördermaßnahmen künftig jedoch mehr berücksichtigt werden.
- **Umsetzung verlässlicher Energie- und Ressourceneffizienzziele** zur Erhöhung der strategischen Autonomie sowie als Innovationsschub für eine österreichische Kreislaufwirtschaft „Made in Austria“.
- **Investitionskontrolle offensiv ausbauen und strategisches Eigentum schützen:** Durch bessere Frühwarnsysteme bei strittigen Erwerbsvorgängen, öffentliche Transparenz und das Schließen von Lücken im Investitionskontrollgesetz.
- **Abbau von Abhängigkeiten globaler Lieferketten:** Durch Diversifizierung der Beschaffung, ausreichende und damit risikominimierende Lagerhaltung bei essenziellen Produkten und den Aufbau europäischer Alternativen.
- **Fokus auf Resilienz und Cybersicherheit:** Aufgrund der wachsenden Gefahren, insbesondere im Zusammenhang mit der Digitalisierung, erlangt die Absicherung gegen Bedrohungen und eine effektive Krisenresistenz zunehmende Bedeutung.

KONTAKT

AK Wien - Abteilung Wirtschaftspolitik
peter.hilpold@akwien.at

¹ Produktivitätsrat (2024). Produktivitätsbericht 2024: Strategien für nachhaltiges Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz in Zeiten von Transformation und Rezession. Wien, <https://www.produktivitaetsrat.at/publikationen/prod-jahresberichte/2024001.html>